

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede

Heute sind in Berlin und Stuttgart Tausende Bürgerinnen und Bürger unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“ auf der Straße. DIE LINKE hat sich an diesen und anderen Aktionen aktiv beteiligt, wir werden dies auch weiter tun.

Vizekanzler Guido Westerwelle hat nach der Klausurberatung der Bundesregierung gesagt: „Wer Freibier für alle fordert, fährt die Karre an die Wand“.

Meine erste Frage wäre: Wer fordert denn so etwas? Und meine zweite Frage: Wem ist denn in den letzten Jahren Freibier ausgeschenkt worden? Waren es diejenigen, die mit den Hartz-Reformen ins soziale Abseits katapultiert wurden? Waren es diejenigen, die aufgrund ihrer – vor allem in Ostdeutschland – gebrochenen Erwerbsbiografien und der Rentenkürzungspolitik der Vergangenheit auf massenhafte Altersarmut zusteuern? Haben diejenigen über ihre Verhältnisse gelebt, die tagein tagaus für drei oder vier Euro pro Stunde schufteten und deswegen zum Amt aufstocken müssen? Waren es die kleinen Unternehmen und Einzelhändler, die aufgrund der real negativen Lohnentwicklung über mangelnde Aufträge klagen? Waren es die Studierenden, die in überfüllten Hörsälen eine verkorkste Studienreform erdulden mussten?

Nein, sie waren und sind es nicht! Sie, die Mehrheit der Bevölkerung, leben nicht über ihre Verhältnisse. Viele von ihnen sind froh, wenn sie jeden Monat über die Runden kommen.

Aber es gab Freibier, jahrelang: Die massive Umverteilungspolitik der CDU- und SPD-geführten Bundesregierungen seit den 1990er Jahren, die fast völlige Aufgabe jeder Regulierung und damit demokratischen Kontrolle der internationalen Wirtschafts- und Finanzmärkte haben einem kleinen Teil der Gesellschaft zu einer unvorstellbaren Vermehrung ihres Reichtums und ihrer Unternehmensgewinne ermöglicht – und diese haben natürlich kräftig davon Gebrauch gemacht.

Für diese kleine Gruppe haben die Merkels, Westerwelles und Schröders der deutschen und internationalen Politik Freibier ausgeschenkt.

Doch haben die Regierenden aus den dramatischen Folgen dieser Politik gelernt? Nein. Nun sollen diejenigen, die schon viel zu lange unter der Ideologie des schlanken Staates und der absoluten Marktgläubigkeit leiden mussten, auch noch die Rechnung für die Krisengewinnler bezahlen.

Diese Politik findet unseren energischen Widerstand. Und wir setzen dieser Politik Alternativen entgegen.

Zunächst einmal ist es endlich Zeit, für Steuergerechtigkeit und damit für höhere Einnahmen der öffentlichen Kassen zu sorgen. Die Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Herstellung einer wirksamen Vermögensbesteuerung, die Einführung einer Börsenumsatzsteuer – das ist keine spinnerte linke Utopie, sondern es ist ein Gebot der Vernunft und des sozialen Friedens in unserem Land.

Eine Verbesserung der öffentlichen Einnahmen würde uns endlich auch in die Lage versetzen, die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge für alle in hoher Qualität anzubieten und Investitionen in wichtigen Bereichen zu tätigen: Bildung, soziale Infrastruktur, Kultur, sozial-ökologischer Umbau...

Gerade haben wir wieder einen sogenannten Bildungsgipfel der Kanzlerin und Ministerpräsidenten erlebt. Vielleicht heißt diese Veranstaltung ja so, weil es mittlerweile wirklich der Gipfel ist, was der Öffentlichkeit dort geboten wird. Hatten einige womöglich noch vor dem ersten Zusammentreffen die Hoffnung, die Bundesregierung und die Länder hätten die Zeichen der Zeit erkannt, ist mittlerweile allerorten Ernüchterung eingetreten. Zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildung und Forschung wurden als Ziel ausgegeben – nichts ist in der Sache geschehen. Und es wird sich auch in der Bildungsfinanzierung nicht spürbar etwas bewegen, wenn es nicht endlich zu einer auskömmlichen Finanzausstattung der Länder und Kommunen kommt.

Nach wie vor wird die Binnenkonjunktur vernachlässigt, aber von ihr hängen nun mal die meisten Arbeitsplätze ab. Niedriglöhne sind eine tägliche Demütigung für all jene, die in den Unternehmen unsere wirtschaftliche und finanzielle Basis erarbeiten, und sie sind volkswirtschaftlicher Unfug, weil sie die Kaufkraft nachhaltig schwächen und damit die Binnenkonjunktur abwürgen. Selten waren wir als LINKE so nah an der Linie der US-amerikanischen Regierung wie kürzlich, als sie die Bundesregierung genau für diese Politik ungewöhnlich deutlich kritisierte.

Anrede

Ein Wechsel in der Bundespolitik ist dringend geboten, spätestens 2013. Schwarz-Gelb gehört abgewählt. Darauf werden und müssen wir unsere Anstrengungen richten.

Wir brauchen diesen Wechsel aber nicht nur dort. Wir brauchen ihn auch in den Ländern, gerade auch hier in Sachsen-Anhalt. Aber wir brauchen ihn nicht unseretwegen – uns geht es auch gut in der Opposition, manchmal zu gut.

Er ist dringend notwendig, damit wir etwas tun können für all jene, die heute schon in Armut hineingeboren werden (in Magdeburg z. B. ist das im Moment jedes zweite Kind), damit wir Barrieren abbauen können, die Kinder und Jugendliche am Zugang zu Bildung und Kultur hindern, damit wir dem Lohndumping klare Vergaberegeln und Mindestlöhne entgegensetzen können, damit junge Absolventinnen und Absolventen hier bei uns im Landesdienst eine Perspektive geboten bekommen und nicht aus dem Land getrieben werden, damit wir auch hier in Sachsen-Anhalt erneuerbaren Energien Vorrang geben können.

Darum wollen wir die CDU aus der Regierung ablösen, dafür werden wir streiten in den nächsten Monaten bis zum 20. März 2011.

Und, liebe sozialdemokratische Genossinnen und Genossen: An diesen Inhalten müsst ihr euch messen lassen. Geht es euch wirklich um das Mittagessen in Kita und Schule, um die Kinderbetreuung, um die Überwindung des gegliederten Schulsystems, um handlungsfähige Hochschulen, um gute Löhne für gute Arbeit oder geht es euch um Schuldenverbot und Personalabbau und ansonsten status quo? Ideenlose Politikverwaltung läuft mit der CDU aber schadet unserem Land. Soziale Politikgestaltung geht nur mit uns.

Anrede

Unser Wahlziel geht jedoch weit über die landespolitische Dimension hinaus. Wenn wir uns einig sind, auf der Bundesebene einen Politikwechsel einzuleiten, bedarf es dafür einer Basis in den Ländern. 2011 finden in sechs Bundesländern Landtagswahlen statt. Wenn wir es schaffen, im Herbst 2011 auf eine deutlich rot eingefärbte politische Landkarte schauen zu können, haben wir einen wichtigen Schritt dahin getan.

Wir müssen als LINKE den Bürgerinnen und Bürgern unter Beweis stellen, dass Mehrheiten jenseits von CDU und FDP politisch handlungsfähig und gestaltungsfähig sind – einfach, dass sie es können.

Wir schauen schon heute auf Berlin und auf Brandenburg. Ich habe das auf unseren Landesparteitagen schon öfter gesagt, zuletzt im November vergangenen Jahres, aber da Kerstin Kaiser und Udo Wolf heute bei uns sind: Ihr habt unsere volle Unterstützung! Ihr beweist unter schwierigsten Bedingungen jeden Tag: DIE LINKE macht nicht nur Politik für den Wahltag, sondern Politik für den Alltag. DIE LINKE spricht nicht nur über Alternativen, sie packt sie an: Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, Vergabegesetz, demokratische Beteiligungsmöglichkeiten, der Weg zu längerem gemeinsamen Lernen und mehr Bildungsgerechtigkeit, keine Studiengebühren... Das ist glaubwürdige linke Politik!

Anrede

Wulf hat es heute Morgen bereits erwähnt: Wir sind mitten in der Erarbeitung unseres Wahlprogramms. Mir ist eines wichtig – dass wir im Landesverband frühzeitig, offen und immer mit Blick auf unsere landespolitische Ausgangssituation eine intensive und breite Debatte über unsere Vorhaben für die nächste Legislaturperiode diskutieren.

Die Regionalkonferenzen der letzten Wochen waren dafür ein erster und nach meinem Eindruck erfolgreicher Schritt. Einiges liegt noch vor uns.

Die Arbeitsgruppe Wahlprogramm des Landesvorstandes hat ihre Arbeit an der ersten Fassung eines Landtagswahlprogramms abgeschlossen. Die konzeptionellen Überlegungen der Landtagsfraktion haben darin Eingang gefunden genauso wie die Debatten und Hinweise der Mitglieder auf den Regionalkonferenzen. Alle Delegierten erhalten heute am Schluss der Tagung ein Exemplar dieses ersten Entwurfes. Am Montag wird er in die Gliederungen und Zusammenschlüsse des Landesverbandes gegeben.

Meine Bitte an euch, liebe Delegierte: Nutzt die nächsten zweieinhalb Monate für eine Diskussion zu diesem Arbeitsstand an der Basis und übermittelt uns als Landesvorstand eure Hinweise, Änderungsvorschläge und Kritiken. Darauf aufbauend werden wir dann im September die zweite Fassung, die dann dem Landesparteitag zur Beschlussfassung vorgelegt wird, veröffentlichen.

Es ist das erste Mal, dass wir uns so frühzeitig und mit dieser unmittelbaren Beteiligung der Mitgliedschaft der Fertigstellung unseres Wahlprogramms nähern. Mein Eindruck ist: es hat sich schon jetzt gelohnt.

Vor allem geht es mir um eines: Wir brauchen ein Höchstmaß an Gemeinsamkeit und Geschlossenheit in diesem Wahlkampf und erst recht, sollten wir es schaffen und die nächste Landesregierung führen. Das, was wir uns vornehmen für die nächsten fünf Jahre, muss in der Breite der Mitgliedschaft getragen und unterstützt werden.

Was findet ihr in diesem ersten Entwurf, was sind unsere Schwerpunkte? Es geht uns u.a. um:

- die Wiedereinführung des Rechtsanspruches auf ganztägige Betreuung in den Kitas für alle Kinder, denn auf den Anfang kommt es an,
- die Beendigung der sozialen Auslese im Bildungssystem durch längeres gemeinsames Lernen und um die individuelle Förderung jedes Kindes - in einem ersten Schritt zu diesem Ziel wollen wir vor allem die Sekundarschulen stärken,
- ein gesundes und bezahlbares Mittagessen für alle Kinder in den Kindertagesstätten und Grundschulen, weil dies für viele Familien bisher nicht leistbar ist,
- die Sicherung sozial gerechter Mobilität, denn alle, ob jung oder alt, ob mit oder ohne Auto, haben ein Recht, Bildungs-, Kultur- oder Dienstleistungsangebote erreichen zu können,

- eine stärkere Tarifbindung und Mindestlöhne, damit die öffentliche Hand durch ihre Auftragsvergabe nicht weiter Lohndumping unterstützt,
- einen öffentlichen Dienst, der eine Zukunft hat, jungen Menschen eine Perspektive bietet und als wichtigste Säule notwendiger Dienstleistungen leistungsfähig bleibt,
- starke und handlungsfähige Städte und Gemeinden, weil dort hautnah und unmittelbar über den Lebensalltag aller entschieden wird,
- den Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der im Gegensatz zur Bürgerarbeit einen wirklichen Ausweg aus Hartz IV bietet, und in dem gleichzeitig wichtige Arbeit geleistet werden kann,
- den Vorrang für erneuerbare Energien und Klimaschutz, denn ökologisches Handeln ist nicht nur eine Sache von Klimagipfeln, sondern muss vor Ort beginnen,
- den Schutz der Bürgerrechte, ohne die öffentliche Sicherheit zu vernachlässigen, denn beides ist kein Widerspruch sondern gehört zusammen,
- sowie die Aufhebung der Residenzpflicht und die Abkehr von Sammelunterkünften für Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten, denn es geht um Integration statt Ausgrenzung.

Wir wissen: Es ist nicht zum Besten gestellt um die landespolitischen Rahmenbedingungen. Immer wieder müssen wir darum alle Aufgaben des Haushaltes einer radikalen und kritischen Überprüfung unterziehen. Nachhaltigkeit muss ein entscheidendes Kriterium für Investitionen und die Vergabe von Fördermitteln sein.

Es bleibt richtig: Einfache Antworten reichen nicht aus, aber realisierbare Alternativen sind umso notwendiger.

Lasst mich an dieser Stelle etwas zu den so genannten Haltelinien oder Roten Linien sagen. Es hat vorhin in der Aussprache wieder eine Rolle gespielt. Ich bin fest davon überzeugt: Wir brauchen keine Roten Linien, sondern einen Roten Faden. Wir müssen Profil zeigen als Partei und erkennbar sein. Und über diesen Roten Faden entscheidet ihr, liebe Delegierte, am 23. Oktober mit unserem Wahlprogramm, und ihr entscheidet auch über einen möglichen Koalitionsvertrag – und sonst niemand.

Anrede

Am 20. März 2011 heißt die Alternative: CDU oder LINKE. Bleibt es bei einer Politik der sozialen Ausgrenzung, der Bildungsungerechtigkeit, der Niedriglöhne und der Fesselung der kommunalen Selbstverwaltung? Oder gibt es eine Politik des sozialen Ausgleichs, der Bildungsgerechtigkeit, wirtschaftlichen Vernunft, der ökologischen Erneuerung und der Stärkung der Städte und Gemeinden?

Und damit heißt am 20. März 2011 die Alternative: Haseloff oder Gallert.

Der Landesvorstand schlägt euch heute einstimmig unseren Vorsitzenden der Landtagsfraktion Wulf Gallert als Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten vor.

Meine Bitte: Gebt ihm heute ein überzeugendes Votum. Und gebt ihm eure Unterstützung nicht nur heute, sondern erst recht in den vor uns liegenden Auseinandersetzungen. Wulf muss sich dabei auf uns gemeinsam verlassen können, auf den gesamten Landesverband. Ich bin mir sicher, lieber Wulf, du kannst auf uns bauen. Und jetzt gilt's!

Dankeschön.